

Landesbezirk Saarland

P  **LIZEI**

Gewerkschaft der Polizei

DEIN PARTNER



Polzeiball

29. November 2014 • Sankt Ingbert



www.VDPolizei.de

29.11.2014,
20.00 Uhr
Stadthalle
Sankt Ingbert

POLIZEI - DEIN PARTNER

Polizeisozialwerk der
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland



Polizeiball

Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Lothar Schmidt

Fotos: Die Verfasser

Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Sämtliche hier veröffentlichte Anzeigen, die im Kundenauftrag für die Drucklegung vom Verlag gestaltet wurden, sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Vervielfältigung und elektronische Speicherung ist nur mit Zustimmung des Anzeigenkunden und des Verlages erlaubt. Verstöße hiergegen werden vom Verlag, auch im Auftrag des Anzeigenkunden, unnachsichtig verfolgt.

Verlag, Anzeigenwerbung und Gestaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Betriebsstätte Worms · Rheinstraße 1 · 67547 Worms
Telefon 06241 8496-0 · Telefax 06241 8496-70
avworms@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Geschäftsführer: Bodo Andrae, Joachim Kranz
Anzeigenleiterin: Antje Kleuker
Gestaltung und Layout: Jana Kolfhaus

Satz und Druck:
Griebsch & Rochol Druck GmbH & Co. KG, Hamm
© 2014

VDP | VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

05/2014/56

Grußworte 0

Programm 0

Artikel 0

Danksagung 0

Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der saarländischen Polizei für ihre tagtägliche engagierte und professionelle Leistung meinen Respekt und Dank aussprechen.



■ Es gehört schon zur guten Tradition, wenn der Landesbezirk Saarland der Gewerkschaft der Polizei zu seinem Ball unter der Überschrift „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ einlädt. Alljährlich nutzen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie viele Nachbarn und Freunde der saarländischen Polizei die Gelegenheit, in einem festlichen Rahmen mit ihrer Polizei zusammen zu kommen und deren Arbeit besser kennen zu lernen. Oft stellen wir dabei fest, wie sehr wir die öffentliche Sicherheit als selbstverständlichen Bestandteil unserer Lebensqualität beanspruchen. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, wie schwierig und anspruchsvoll die Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und -beamten wirklich ist. Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der saarländischen Polizei für ihre tagtägliche engagierte und professionelle Leistung meinen Respekt und Dank aussprechen.

Wir verfügen über eine gut ausgebildete und ausgestattete Polizei, die ihre Aufgaben als wesentlicher Garant der inneren Sicherheit in unserem Land kompetent erfüllt. Mit der am 1. März 2012 in Kraft getretenen Polizeireform haben wir im Saarland einen Organisationsentwicklungsprozess in Gang gesetzt, der – und darauf können wir stolz sein – in der bundesweiten Polizeilandschaft Vorbildcharakter besitzt.

Jetzt gilt es, die Wirkung der einzelnen Maßnahmen auf die Organisation der Polizei und insbesondere auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr genau zu beobachten, um erforderlichenfalls an der einen oder anderen Stelle nachbessern zu können. Ich bin mir sicher, dass wir gemeinsam mit den Berufs- und Interessenvertretungen die getroffenen Maßnahmen konstruktiv evaluieren werden. Es liegt noch viel Detailarbeit vor uns, die wir aber gemeinsam bewältigen können.

Mit großer Sorge betrachte ich die zunehmende Gewalt und den offenkundig nachlassenden Respekt gegenüber der Polizei. Betrachtet man die Entwicklung bundesweit, erkennt man: Die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt ist niedriger geworden. Für mich hat die Gesundheit der Polizistinnen und Polizisten höchste Priorität. Gewalt ist inakzeptabel und deshalb muss und wird die saarländische Landesregierung entschieden dagegen vorgehen. Zusammen mit dem Landespolizeipräsidium und im Einklang mit den Empfehlungen aus der fachlichen Gremienarbeit der Innenministerkonferenz werden die Maßnahmen zur Optimierung der Eigensicherung in der polizeilichen Praxis sukzessiv fortentwickelt. Wir werden im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel alle Möglichkeiten zum Schutz unserer Polizistinnen und Polizisten ausschöpfen. Dies ist für mich ein zentrales Anliegen, bei welchem ich auch die Gewerkschaft der Polizei weiterhin herzlich um Mitwirkung bitte.

Der Ball der Polizei ist ein wichtiger Baustein, um das Miteinander „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ zu stärken. Dem Landesbezirk Saarland der GdP, den Organisatoren und allen Helferinnen und Helfern sage ich daher ein herzliches Dankeschön. Ich wünsche den Gästen interessante Gespräche und einen vergnüglichen, unterhaltsamen Abend.

Monika Bachmann
Ministerin für Inneres und Sport

Das Aufgabengebiet der Polizei ist vielfältig, und die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben ist alles andere als einfach. Sie leisten eine hervorragende Arbeit und stehen uns mit Rat und Tat zur Seite. Wenn Sie gebraucht werden, sind Sie da!



■ Herzlich willkommen zum traditionellen Polizeiball in St. Ingbert! „Auf frischer Tat ertappt...“, oder „Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung, gelang es der Polizei...!“ Solche und ähnliche Meldungen lassen uns aufatmen! Es tut gut zu erfahren, dass Straftaten aufgedeckt werden. Natürlich gelingt es nicht in allen Fällen und oft erst nach umfangreicher aufwendiger Arbeit durch unsere Polizistinnen und Polizisten. Aber solche Erfolgsmeldungen sind ein wichtiger Bestandteil von positiver Wohn- und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Leider gab es auch im vergangenen Jahr viel für die Polizei zu tun. Es gab es viele Delikte wie Diebstahl, Einbruch, Brandstiftung, Vandalismus und Ähnliches. Aber im Gegensatz dazu stehen auch viele Erfolgsmeldungen. Das verdanken wir zuallererst der professionellen Arbeit der Polizei aber auch unserer guten Vernet-

zung. Zwischen Stadt und Polizei besteht eine lebendige Partnerschaft. Im Vordergrund stehen die Verhinderung von Ordnungsstörungen im Innenstadtbereich und die Gewährleistung der Sicherheit der Einwohner und Gäste. Dazu gehören gemeinsame Einsätze und Kontrollen sowie stetiger Informationsaustausch. Die gemeinsame Suche nach Lösungen für den Schutz der öffentlichen Sicherheit steht im Vordergrund.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, dies unseren Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren. Indem wir alle nicht wegsehen und uns für die Gestaltung eines sicheren und freundlichen Lebensumfeldes einsetzen, wirken wir der Entstehung von Kriminalität entgegen. Erfolgreiche Polizeiarbeit, wie wir sie täglich erleben, ist nur durch engagierte Unterstützung von allen Seiten möglich.

Das Aufgabengebiet der Polizei ist vielfältig, und die Wahrnehmung der polizeil-

lichen Aufgaben ist alles andere als einfach. Sie leisten eine hervorragende Arbeit und stehen uns mit Rat und Tat zur Seite. Wenn Sie gebraucht werden, sind Sie da! Vielen Dank für Ihren unermüdlichen und partnerschaftlichen Einsatz, auch im Namen der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt!

Veranstaltungen wie der Polizeiball in der Stadthalle St. Ingbert sind daher unverzichtbare Gelegenheiten für die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern. Der heutige Abend bietet die Gelegenheit, neue Kontakte zu knüpfen oder schon bestehende Bekanntschaften zu pflegen und zu vertiefen. Grünes Licht für gute Laune! Freuen wir uns auf einen fröhlichen Abend mit vielfältigem Programm. Ich wünsche Ihnen einen lockeren, ungezwungenen Abend in gemütlicher Atmosphäre und viele interessante Gespräche.

Hans Wagner
Oberbürgermeister

Hier im persönlichen Gespräch zu erfahren, dass ihre Polizei alles tut, um den negativen Entwicklungen entgegen zu wirken, ist auch wirksame Therapie für ein beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl.



■ Egal in welcher Form Berufsvertretungen aktiv werden – ein unmittelbarer Bezug zum Berufsstand und zur dort verrichteten Arbeit ist immer gegeben.

Auch dieses Mal, wenn die GdP ihr traditionelles Fest „Polizei für Bürger-Bürger für Polizei“ feiert und ein Thema virulent ist, das wie kein anderes sowohl die Polizei als auch die Bürgerinnen und Bürger berührt.

So widmet diese Festschrift zur Veranstaltung ihren Schwerpunkt einem besonders aktuellen Thema, dem Schutz des ganz individuellen Lebensbereiches unserer Bürgerinnen und Bürger, speziell der Wohnung und des Eigentums. Mit

Blick auf die Fakten steht fest, dass Wohnungseinbrüche bundesweit, besonders aber in Grenzregionen, ein nie da gewesenes Ausmaß angenommen haben. Mobile Tätergruppen, Banden und gewiefte Einzeltäter verunsichern die Bevölkerung. Die Menschen müssen wissen, dass ihre Polizei für sie da ist und hilft, dass erfolgreiche Einbrüche vermeidbar sind und Täter gefasst werden. Ein Fest wie dieses kann daher vieles bewirken. Neben der Begegnung zum Feiern bietet es auch die Möglichkeit der Kommunikation zwischen Angehörigen unseres Berufsstandes und den Menschen unseres Landes, die einerseits als

Besucherinnen und Besucher des Feierns wegen kommen und andererseits womöglich um ihre Sicherheit und ihr Eigentum besorgt sind.

Hier im persönlichen Gespräch zu erfahren, dass ihre Polizei alles tut, um den negativen Entwicklungen entgegen zu wirken, ist auch wirksame Therapie für ein beeinträchtigtes Sicherheitsgefühl.

Daher wünsche ich bei dieser Veranstaltung viele angenehme Gespräche und Spaß beim Feiern.

Norbert Rupp
Landespolizeipräsident

„Die Feuerwehr löscht, vorbeugen musst Du selbst!“ Dazu kann schon der „wachsamer“ Bürger durch Aktivierung der sozialen Kontrolle und der Nachbarschaftshilfe einen aktiven Beitrag leisten.



■ Sehr geehrte Gäste des Polizeiballs der GdP, als Leiter der Polizeiinspektion freue ich mich, dass sich die GdP in diesem Jahr für St. Ingbert entschieden hat, um die gute Tradition fortzusetzen, bei der Bürger und Polizei in entspannter Atmosphäre ins Gespräch kommen können. Dies ist auch das Ziel des jährlichen Hofestes der Polizeiinspektion St. Ingbert, das in diesem Jahr bereits zum 12ten Male unter dem Slogan „Bürger und Polizei – für Sicherheit ein starkes Team!“ stattfand. Innere Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sondern wie die persönliche

Gesundheit ein hohes Gut, das gepflegt werden will und muss. Dies setzt die tätige Mitverantwortung und auch persönliche Vorbeugung aller voraus. Wie heißt es so treffend: „Die Feuerwehr löscht, vorbeugen musst Du selbst!“ Dazu kann schon der „wachsamer“ Bürger durch Aktivierung der sozialen Kontrolle und der Nachbarschaftshilfe einen aktiven Beitrag leisten. Die Kontaktpflege mit der Öffentlichkeit und dem Bürger ist eine weitere wichtige Säule.

Wir von der Polizei St. Ingbert wollen auch in Zukunft im Verbund mit den benachbarten Polizeidienststellen und den vielen

außerpolizeilichen örtlichen Akteuren auf dem weiten Feld der Sicherheitsarbeit unseren engagierten Beitrag fortsetzen, damit das St. Ingberter Motto „Arbeiten mit Erfolg“ sowie „Leben mit Freude“ durch den Erhalt des so wichtigen Standortfaktors „Innere Sicherheit“ begünstigt bleibt.

Ich wünsche Ihnen entspannte und fröhliche Stunden in St. Ingbert

Dietmar Glandien
Leiter der PI St. Ingbert

Euer Ball ist hierfür eine Möglichkeit, mal wieder auf einer anderen Ebene miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich wünsche Euch vergnügliche Stunden und Erfolg, jetzt auf Eurem Tanzboden, aber auch auf dem politischen Parkett.



■ Liebe Kolleginnen und Kollegen, gut, dass Ihr Euren kommunikativen Polizeiball „Polizei für Bürger, Bürger für Polizei“ auch in diesem Jahr wieder organisiert habt. Trotz aller Reformquerelen – oder gerade deswegen.

Ihr musstet in den letzten Monaten herbe Enttäuschungen von Seiten der saarländischen Politik hinnehmen. Ich weiß, dass es für Euch nicht leicht war, Euch in die Planung der Polizeireform mit einzubringen, denn unter dem Permanent-Aspekt „Sparsamkeit“ hängt dem Reformwesen in Deutschland immer das Bleigewicht der Verschlechterungen an.

Im saarländischen Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, was bis 2020 in punkto Sicherheit realisiert wird – u. a. ist dort verbrieft, dass „durchschnittlich“ 100 Kommissaranwärter pro Jahr eingestellt werden sollen. Nun weht seit kurzem ein anderer Wind: Bis auf Weiteres soll es eine drastische Kürzung bei Neueinstellungen

geben. Die Argumente sind auch aus meiner Sicht nicht nachvollziehbar – denn als die Koalition ihre Weichen stellte, war doch längst klar, dass die Pensionsgrenze für Polizisten angehoben werden muss. Zusagen, die sogar im Koalitionsvertrag verankert sind, werden also schlichtweg gebrochen.

Die Botschaft für die Polizei und Öffentlichkeit ist deutlich: Rotstift und Spardiktat bestimmen zunehmend die Sicherheitspolitik. Und zwar nicht nur bei Euch. Schaut Euch die Diskussion um die Bereitschaftspolizei an. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht: „Wir wollen die Bundespolizei als kompetente und effektive Strafverfolgungsbehörde stärken, gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten und die Einsatzmittel der Bundespolizei modernisieren.“ Klingt gut. Aber nicht lange danach gab es Presseberichte, nach denen die Bundesregierung prüfe, inwieweit sich der

Bund aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien zurückziehen könne. Zwar wurde das Ansinnen inzwischen von Regierungsseite dementiert, aber wie weit kann man darauf vertrauen ...

Und damit zurück zur Enttäuschung. Vielleicht gibt Euch das Zitat von Max Planck ein wenig Auftrieb: „Auch eine Enttäuschung, wenn sie nur gründlich und endgültig ist, bedeutet einen Schritt vorwärts.“ Mit anderen Worten: Was uns nicht umhaut, macht uns stärker. Als GdP werden wir nicht aufgeben, gemeinsam für eine stimmige Sicherheitspolitik in unserem Land zu streiten – wir begegnen solchen Enttäuschungen mit gewerkschaftlicher Stärke. Ich denke, wir haben noch so einiges in petto, was wir in die Waagschalen werfen können. U. a. sind bei Euch z. B. auf vielen Ebenen tolle junge Leute nachgerückt, die wiederum mit vielen Ideen, Engagement und Beharrlichkeit für unsere gewerkschaftlichen Positionen eintreten werden.

Ich denke, es ist wichtig, auch in den aktuellen Situationen, in denen der „Sicherheitssegen“ ganz schön schief hängt, den Kontakt- und Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen – sowohl mit den politischen Entscheidern als auch mit der Bevölkerung, für deren Schutz die Sicherheitsbehörden zuständig sind. Euer Ball ist hierfür eine Möglichkeit, mal wieder auf einer anderen Ebene miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich wünsche Euch vergnügliche Stunden und Erfolg, jetzt auf Eurem Tanzboden, aber auch auf dem politischen Parkett.


Oliver Malchow
Bundesvorsitzender der GdP

Mit dem Motto unseres Polizeiballes „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ wollen wir als Gewerkschaft der Polizei deutlich machen, dass für uns eine bürgernahe Polizei, eine Polizei zum „Anfassen“ unverzichtbares Element im demokratischen Rechtsstaat ist.



■ Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit dem Motto unseres Polizeiballes „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ wollen wir als Gewerkschaft der Polizei deutlich machen, dass für uns eine bürgernahe Polizei, eine Polizei zum „Anfassen“ unverzichtbares Element im demokratischen Rechtsstaat ist. Neben dem Engagement für unsere Mitglieder und die Beschäftigten der saarländischen Polizei versuchen wir auch immer, an diesem zentralen Anliegen und der Entwicklung unserer Polizei dorthin zu arbeiten. In einer Zeit, in der die Haushaltsnotlage das politische Handeln immer stärker bestimmt, wird es schwierig, den Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und bestmöglichem Dienstleistungsangebot im öffentlichen Dienst insgesamt und im Bereich der Inneren Sicherheit im Besonderen zu halten.

Der öffentliche Dienst in Deutschland ist kein bürokratischer Wasserkopf. Mit 10

Prozent liegt Deutschland beim Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Erwerbstätigen insgesamt OECD-weit im unteren Drittel. Kein Land in der EU gibt – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – weniger Geld für den öffentlichen Dienst aus als Deutschland!

Insofern darf man sehr wohl die Frage nach dem Wert des öffentlichen Dienstes stellen und wir als Gewerkschaft der Polizei die Frage nach dem Wert der Inneren Sicherheit in diesem Lande. Wenn Rotstift und Spardiktat Innere Sicherheit bestimmen und die Polizei auf ihre Kernaufgaben reduziert wird, entfernt man sich zwangsläufig von einer bürgernahen Polizei, die eher dem Bild des „Schutzmanns an der Ecke“ entspricht, hin zu einer Notrufpolizei mit „Feuerwehrfunktion“. Wollen wir das?

Die Gewerkschaft der Polizei stand und steht für eine bürgernahe Polizei, bei der auch die soziale Funktion, jenseits von betriebswirtschaftlichem Denken, im

Vordergrund stehen muss. Innere Sicherheit ist ein Wert für Sich, für jeden einzelnen von uns, aber auch Standortfaktor für eine ganze Region. Am Erhalt und an der Steigerung dieses Wertes wollen wir als GdP mitarbeiten, indem wir die Entwicklung der Polizei im Lichte der Haushaltskonsolidierung konstruktiv kritisch begleiten und uns – wenn erforderlich – lautstark einmischen.

Heute wünscht die Gewerkschaft der Polizei im Saarland allen ihren Gästen, Mitgliedern, Gönnern und Freunden nicht nur eine schöne Veranstaltung, sondern auch viel Spaß und ein paar vergnügliche Stunden. Wo kann man Bürgernähe besser leben als bei einer gemeinsamen Feier von Polizei und Bürgern?

Ralf Porzel
GdP-Landesvorsitzender



Polizeisozialwerk der
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland

ABBA Explosion

COVERBAND MIT DEN GRÖSSTEN HITS
DER SCHWEDISCHEN POP-LEGENDE



Programm

BIG BAND

DES POLIZEIORCHESTERS
DES SAARLANDES

Big Band

Leitung:



Rainer Di trich



Wir wünschen allen Besuchern
des heutigen Festabends frohe
Stunden in beschwingter und
heiterer Atmosphäre.

Gesunde Natur, Kultur und Lebensqualität in einer aufregenden Region

– natürlich in St. Ingbert!

Mit seinen rund 37.000 Einwohnern stellt St. Ingbert das Tor zur Biosphäre Bliesgau dar. Die besondere Rolle St. Ingberts als Gesamtstadt im Biosphärenreservat Bliesgau trug mit diesem Alleinstellungsmerkmal wesentlich zu der am 26. März 2009 erteilten Anerkennung durch die UNESCO bei. Mit der erholsamen Landschaft rund um die Stadt und einer attraktiven Innenstadt bietet St. Ingbert eine Mischung aus urbaner Kultur und ländlichem Umfeld, die die Einzigartigkeit der Biosphärenstadt ausmacht.



■ St. Ingbert ist eine Stadt zum Leben. Die weitläufigen Waldgebiete um die Stadt laden ein zum Wandern und Radfahren. Mit Premiumwanderweg, 7-Weiher-Tour und Mountainbike-Permanente „die PUR“ sind Angebote für alle Sport- und Naturbegeisterten vorhanden. Über 300 Vereine und Verbände spiegeln die Vielfalt an sportlichen und kulturellen Aktivitäten. Das Angebot der Vereine reicht von Sport über Wellness und Gesundheit bis hin zu Theater, Literatur und Musik.

Das internationale Jazzfestival und der renommierte Kleinkunstpreis „St. Ingberter Pfanne“ haben den Namen unserer Stadt weit über die Grenzen des Saarlandes hinaus bekannt gemacht. Dazu kommen Veranstaltungen wie die Edelsteinbörse „Edle Steine“,

„A la minute“ Kleinkunstmenü aber auch das Ingobertusfest in der Fußgängerzone.

St. Ingbert hat den schönsten Wochenmarkt der Region, auf dem mittwochs und samstags im Schwerpunkt regionale Anbieter ihre Produkte anbieten. Frische und Qualität werden hier groß geschrieben.

Hervorragend ist die Einbindung in das öffentliche Verkehrsnetz. Der Stadtbus verbindet die gesamte Stadt im Halbstundentakt miteinander. Die Anbindung an Bahn und Autobahn ist sehr gut ausgebaut. Als starker Wirtschafts- und Forschungsstandort hat St. Ingbert viele Arbeitsplätze zu bieten und ist durch die unmittelbare Nähe zur Universität des Saarlandes interessant für Studenten.



reich kommt und auf der A6 fährt. Eine bessere Lage, um verkehrsmäßig optimal angebunden zu sein, gibt es fast nicht. Zumal der Flughafen ein paar Minuten entfernt ist.

St. Ingbert bietet Grundstücke in allen Größen, aber auch fertige Gewerbeimmobilien. Auch im Innovationspark am Becker-Turm. Gründer sind in St. Ingbert willkommen, und Unternehmen, die expandieren wollen, finden hier Platz.

Früher regierten Stahl, Kohle und Glas die Arbeitswelt in der Stadt. Das ist heute anders. Hochtechnologie regiert. Die Universität direkt vor den Toren der Stadt hat daran ihren Anteil. Aber auch Firmen wie SAP, das Fraunhofer-Institut, Festo oder auch Key Systems. Sie alle sind Teil einer Hochtechnologie- und Forschungslandschaft, die großartige Ergebnisse liefert. St. Ingberts Stärke dabei: Die Wirtschaftsförderung im Rathaus vernetzt. So, dass alle profitieren können von den eigenen Stärken, und auch von den Stärken der Anderen. Kurze Wege halt, die einfache Lösungen schaffen. In St. Ingbert, für St. Ingbert.

Beispiel Festo

Schwaben können rechnen. Die Esslinger Pneumatik-Profis, die seit Jahrzehnten mit „Festo“ den Weltmarkt beherrschen, haben St. Ingbert zu ihrem mittlerweile größten Produktionsstandort gemacht. Von hier aus werden weltweit Festo-Niederlassungen und Kunden mit Pneumatikprodukten beliefert. Ein Kunststoff-Kompetenzzentrum, das das Know-How im Polymerbereich bündelt und weiterentwickelt, wird gerade gebaut. Festo

Gute Karten auch für die Wirtschaft. Die St. Ingberter legen sich mächtig ins Zeug, um ein gutes Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Das beginnt schon bei Existenzgründern. Um Existenzgründer bestmöglich vor, während und nach der Gründung betreuen zu können, haben sich St. Ingberter Unternehmen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung zu einem Gründernetzwerk zusammengeschlossen. Gründungswillige haben so die Möglichkeit aufkommende Fragenstellungen direkt von einem Profi vor Ort beantwortet zu bekommen. Seminare, Workshops und weitere gemeinsame Aktivitäten runden das Angebot für Gründer ab.

St. Ingbert verfügt über mehrere hochinteressante Gewerbegebiete. Sie haben noch Platz für ansiedlungswillige Unternehmen. Auf den Gewerbegebieten „DNA“ und „Kléber Süd“ befinden sich noch freie Baugrundstücke, auf anderen Gewerbegebieten stehen fertige Gewerbeimmobilien zum Kauf oder Pacht bereit. Wichtig dabei: unterschiedlicher wie hier können Gewerbegebiete kaum sein. Da ist zum Beispiel das innerstädtische DNA. Gleich neben dem Rathaus, kurze Wege zum Stadtzentrum. Oder das Klébergelände an der Autobahn. Hier fährt jeder vorbei, der aus Frank-

ist heute der größte Arbeitgeber in St. Ingbert.

Die Schwaben bei Festo sind mit St. Ingbert deshalb so zufrieden, weil hier gute Standortbedingungen herrschen. Eine ausgesprochen gute Infrastruktur, und vor allem hervorragende Fachkräfte. Die bildet Festo vorwiegend selbst aus. Nicht nur für sich, sondern als zentraler Dienstleister für die saarländische Wirtschaft. Das Festo-Lernzentrum hat sich in der beruflichen Aus- und Weiterbildung einen Spitzenplatz erarbeitet.

Dialog auf kurzen Wegen

Als Oberbürgermeister Hans Wagner sein Amt antrat, wollte er sich bekannt machen bei denen, die täglich am Gesicht der Stadt feilen und gestalten. Dazu gehört insbesondere auch Handwerk, Industrie und Dienstleistung. Er begann, Betriebe zu besuchen und sich vorzustellen. Was er dabei immer wieder hörte: Die Unternehmer in St. Ingbert sind froh, dass eine Verwaltung sich um ihre tagtäglichen Probleme und Fragen kümmert, dass sie sich als

Schnittstelle und Koordinator sieht. In den letzten Jahren sei dies, so wurde dem Oberbürgermeister immer wieder gesagt, nicht so gewesen. Hans Wagner ging einen Schritt weiter: Der Dialog mit Unternehmen wird zur festen Einrichtung. Unternehmensbesuche gehören zu den wichtigen Aufgaben des Oberbürgermeisters. Mittlerweile unterstützt ihn dabei Thomas Debrand, der Leiter der Wirtschaftsförderung. Anfang des Jahres nahm er seine Tätigkeit auf. Zusammen mit dem zuständigen Beigeordneten Sven Meier wurde ein Netzwerk aufgebaut, das die Kommunikation zwischen Unternehmen und Verwaltung auf eine feste Basis gestellt hat. Kurze Wege, einfache Lösungen, unkomplizierter Dialog. Das gehört zur St. Ingberter Infrastruktur!

Wirtschaftsförderung ist mehr

Verwaltungen arbeiten in festen Strukturen. Sie trennen zwischen Kultur, Wirtschaft und Verwaltung. In St. Ingbert haben wir einiges auf den Kopf gestellt. Weil wir der Meinung sind, dass vieles die Wirtschaft fördert, was zum Bild, zur Identität einer Stadt gehört. So ist ein Jazzfestival nicht nur ein tolles Ereignis für Musikkonsumenten, es trägt auch das Image einer Stadt. Dies wiederum macht St. Ingbert bekannt und interessant. Auch für Fachkräfte. Und, wo Fachkräfte sind, folgen Unternehmen auf dem Fuß.

Wir haben in St. Ingbert die Bereiche Wirtschaftsförderung, Tourismus und Biosphäre zusammengefasst. Weil wir der Überzeugung sind, dass sie sich gegenseitig beeinflussen und dass sie voneinander profitieren. Wer sich für St. Ingbert interessiert, soll alles wissen über die Stadt. Nicht nur über ihre Kultur. Auch darüber, wie die Menschen hier ihr Geld verdienen. Dass die Biosphäre Bliesgau dabei auch die Stadt einbezieht, ist weltweit einmalig und ein Glücksfall für die Stadt. Die UNESCO-Anerkennung einer Biosphärenregion

ist nämlich nur in zweiter Linie ein Naturschutzprädi-
kat, in erster Linie ist es eine Auszeichnung für die Menschen in einer Region, für die Menschen, die in ihrem Umfeld eine tolle Arbeit gemacht haben. So gesehen ist Biosphäre Marketing. Marketing erster Güte für einen guten Standort. Tourismus wird im Saarland immer größer geschrieben. Menschen, die in die Region kommen, sind erstaunt über



die Vielfalt, die das Land bietet. Wälder, Prädikatswanderwege, Industriekultur, bayerische Tradition und Savoir-Vivre begeistern jeden, der mit offenen Augen in unser Land kommt. Diese Menschen sind dann gerne hier, sie geben Geld aus und stärken die Region. Ein paar von ihnen bleiben vielleicht für länger im Saarland – umso besser. Dann wird aus Tourismus Ansiedlungspolitik. Nur, wenn wir uns von unserer besten Seite zeigen, haben wir die Chance, dass sich Menschen für uns begeistern.

In St. Ingbert wollen wir ein Tourismus-Netzwerk aufbauen. Alle, die mit Tourismus zu tun haben, sollen an einen Tisch. Ideen sammeln, um Handlungskonzepte zu erarbeiten. Gemeinsamkeiten entdecken und nutzen. Hindernisse abbauen, Zusammenhalt entdecken. Türen öffnen. Das meinen wir, wenn wir in St. Ingbert über Wirtschaftsförderung und Tourismus reden.



Wohnungseinbruch

Eine „neue alte“ polizeiliche Herausforderung



Foto: Polizeiliche Kriminalprävention

1. Einleitung

„Neue Einbruchswelle!“, „Dunkle Jahreszeit ist Einbruchszeit!“, „Einbruchszahlen steigen stark an!“, „Osteuropäische Banden treiben ihr Unwesen in Deutschland!“, „Zahl der Einbrüche steigt rasant – Bürger greifen zur Selbsthilfe!“¹. So oder ähnlich ist es in der zurückliegenden Zeit immer wieder in den Medien zu lesen. Fast scheint es, dass dieses Delikt eine Art Dauerpräsenz in den verschiedenen Medien besitzt, deren Ende nicht absehbar scheint. Die Titelseiten der Printmedien rücken das Thema ebenso in den Vordergrund, wie die anderen visuellen Medienformen. Sowohl die politisch Verantwortlichen wie auch die Polizeien der Länder und des Bundes sind fast täglich mit neuen Meldungen zu diesem Thema konfrontiert.

Es stellt sich daher die Frage, was hat sich in den letzten Jahren in diesem Deliktsbereich verändert, dass die Medien diesem Thema so viel Aufmerksamkeit schenken? Ist es nur die Steigerung der reinen Fallzahlen, der die Medien zu diesen Publikationen anregt oder ist eine tief greifendere Änderung in diesem Deliktsbereich zu erkennen? Sind vielleicht neue Begehensweisen, neue Tatumsände zu erkennen, die dieses Thema in den Focus rücken? Denn zunächst einmal ist der Wohnungseinbruch ja kein neues Delikt, Diebstahl und die damit verbundenen Schäden hat es immer gegeben. Was führt also zu der hohen Medienpräsenz und damit zur Beeinflussung des öffentlichen Meinungsbildes? Im Folgenden will ich versuchen, das Thema zu beleuchten und die saarländischen Lösungsansätze zu beschreiben.

¹Badische Zeitung vom 23.04.2013, Internetquelle: letzter Abruf 08.08.2014 <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/zahl-der-einbrueche-steigt-rasant-buerger-greifen-zur-selbsthilfe-83581027.html>; ²Vgl. Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Kerner, H.J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover. http://www.praeventionstag.de/content/9_praev/doku/heinz/index_9_heinz.html; ³Vgl. Görgen, Thomas (2011). Subjektives Sicherheitsempfinden als Handlungsmaxime? Vortrag auf der Meilensteinkonferenz des BMBF-geförderten Projekts „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ 13./14.Juli 2011. Münster

2. Gesetzlicher Auftrag:

Eine der vielfältigen staatlichen Aufgaben besteht darin, die Bürgerinnen und Bürger innerhalb des Staatsgebietes vor rechtswidrigen Angriffen zu schützen, eine weitestgehend umfassende Sicherheitsatmosphäre herzustellen und damit für ein gefährdungsfreies Zusammenleben der Bevölkerung zu sorgen.

Sicherheitsproduktion auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene hat demnach auch das Ziel, Vertrauen in das Funktionieren der staatlichen Kontrolle herzustellen.

Diese staatliche Aufgabe wird in unserem allgemeinen Verständnis durch die Institutionen Polizei und Justiz wahrgenommen, die sich hierzu der Mittel des Straf- und Strafprozessrechts bedienen.²

Die beiden großen Teilbereiche der angewandten Maßnahmen, um das Ziel eines solchen Zusammenlebens zu erreichen, stellen die Repression und die Prävention (Kriminalprävention) dar. Während die Repression alle Maßnahmen der Polizei zur Aufklärung bereits begangener Straftaten

beschreibt, sind Präventionsmaßnahmen als vornehmster Auftrag der Polizei zu betrachten, da sie darauf abzielen, Straftaten bereits vor ihrer Begehung zu verhindern. Und genau diese präventiven Maßnahmen prägen entscheidend das subjektive Sicherheitsempfinden jedes einzelnen Bürgers. Zielen repressiven Maßnahmen vorrangig auf die Aufklärung der Straftat, bergen jedoch auch diese einen nicht unerheblichen präventiven Effekt, da sie sich durch die Angst vor Entdeckung und Bestrafung auf den potentiellen Täter auswirken.

Durch präventive Maßnahmen hingegen wird nicht nur das Sicherheitsempfinden der Bürger gestärkt, sondern es werden auch finanzielle und körperliche Schäden verhindert. Die Polizei als Bundes- und Landeseinrichtung hat die Aufgabe u.a. auch durch Bürgernähe, Präventions- sowie Opferschutzmaßnahmen das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken. Maßnahmen zur Sicherheitsproduktion sollten jedoch nicht ausschließlich auf im Alltag gewonnenen Erfahrungen und Einschätzungen basieren, sondern auf verlässlichen Daten fußen, um Entwicklungen objektiv bewerten zu können.³

Ziel der Kriminalprävention ist demnach die Vorbeugung oder Verhinderung von Kriminalität in einem bestimmten Raum oder einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. In einem bescheideneren und auch realistischeren Sinn wird als Ziel die Reduzierung oder Begrenzung von Kriminalität genannt. Ziel von Kriminalprävention ist jedoch auch die Reduzierung der Kriminalitätsfurcht beziehungsweise der Bedingungen, die diese auslösen.⁴

Die klassische Begründung hierzu wurde bereits 1990 von der

Gewaltkommission gegeben: „Die in der Bevölkerung festzustellende Verbrechensfurcht stellt jedenfalls bereits als solche, d. h. in ihrer bloßen Existenz, ein sozial- und kriminalpolitisches Problem dar, weil sie die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigt“.

Von daher gehört es auch zu den vornehmsten staatlichen Aufgaben, dafür zu sorgen, dass die Bürger nicht nur tatsächlich abends auf die Straße gehen können, sondern es auch glauben, dass sie es können“.⁵

Insbesondere kriminalpolitisch ist es daher unerlässlich, sich sowohl der tatsächlichen als auch der subjektiv gefühlten Bedrohung der Bürger zu stellen.^{6/7} Kriminalitätsfurcht ist eng mit dem Vertrauen der Bevölkerung in die Durchsetzungskraft des Rechtsstaates verknüpft, dessen Aufgabe es ist, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen.

Dieses Sicherheitsempfinden, oder auch Kriminalitätsfurcht, ist grundlegend in zwei Formen zu unterscheiden.⁸ Die soziale Kriminalitätsfurcht richtet sich auf die Wahrnehmung von Bedrohungen des Gemeinwesens und äußert sich in Einstellungen zu Strafe, zum Strafsystem und zu Institutionen der strafrechtlichen Kontrolle. Sie erfasst, in welchem Ausmaß sich Bürger Sorgen über die Entwicklung der Inneren Sicherheit und der Kriminalität im Allgemeinen machen. Die personale Kriminalitätsfurcht hingegen richtet sich auf die individuellen Befürchtungen der Bürger, selbst zum Opfer einer Straftat zu werden. Sie erfasst, in welchem Ausmaß sich der einzelne Bürger durch Kriminalität bedroht fühlt.⁹ Bedeutsame Einflussfaktoren für das Sicherheitsempfinden der Bürger stellen insbesondere auch die soziodemografischen Faktoren (z.B. Alter, Geschlecht, Altersstruktur in der Nachbarschaft), der sozioökonomische Status der Befragten (z.B. Wohnort und Eigentumsverhältnisse, Ausbildung, Beruf und Einkommen), die Medienpräsenz und natürlich auch eigene Viktimisierungserfahrungen dar.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang jedoch auch das Verhältnis der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Sicherheit und der tatsächlich zu verzeichnenden Kriminalität in einem bestimmten Raum. So wird in einer Reihe von wissenschaftlichen Studien deutlich, dass die subjektive Einschätzung der eigenen Sicherheit zum Teil erheblich von der tatsächlich messbaren, also der objektiven Sicherheitslage abweicht.

So ist die Entwicklung der bundesweiten Fallzahlen in den letzten sieben Jahren ohne jeden Zweifel besorgniserregend. So greift diese massiv in das Sicherheitsempfinden der Bürger ein und indiziert damit eine Reaktion der polizeilichen und politischen Verantwortungsträger.

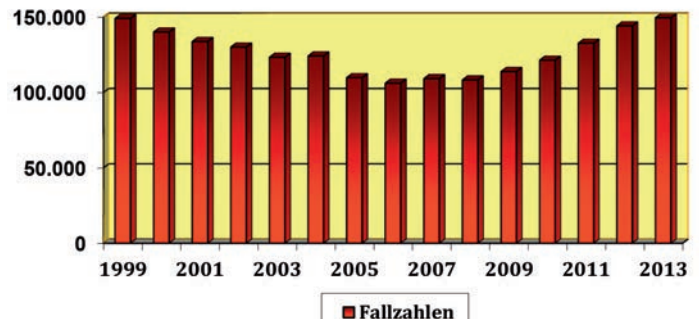
Aktuelle Lage / Hintergrund

Auswertung Bundesrepublik Deutschland

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ging 2013 die polizeilich registrierte Kriminalität insgesamt um -0,6 Prozent gegenüber 2012 zurück. Die Zahl der Wohnungseinbrüche steigt entgegen

dem Trend um +3,7% weiter an. Seit 2007 ist damit insgesamt eine Steigerung der Fallzahlen um ca. +33 % zu verzeichnen.

Fallzahlen Wohnungseinbruch - Deutschland



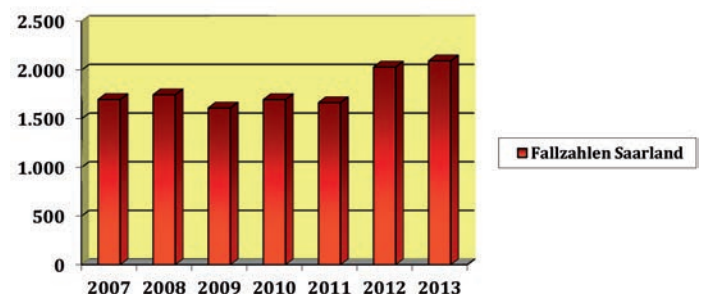
Dies ist indes nur die halbe Wahrheit, denn geht man länger in der Zeit zurück und betrachtet die Entwicklung in den letzten zwanzig Jahren, so stellt man fest, dass die Fallzahlen seit 2007 zwar kontinuierlich ansteigen, jedoch im Jahr 1993 noch deutlich höher lagen (über 225.000 Einbrüche). Erst in den Jahren 1993 bis 2007 konnte dann ein kontinuierlicher Rückgang verzeichnet werden. Es gilt also herauszufinden, wo die Gründe für diese Entwicklungen liegen.

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang auch der Bereich der Aufklärung dieser Kriminalität. Während die Aufklärungsquote bei der Gesamtkriminalität 54,5% beträgt, liegt sie beim Wohnungseinbruchsdiebstahl nur bei 15,5%. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die faktische Möglichkeit der Aufklärung im Vergleich zu anderen Straftaten sehr stark von den Tatumständen abhängt und erfahrungsgemäß viel geringer ist, als bei anderen Straftaten.

Auswertung Saarland

Dem beschriebenen bundesweiten Trend folgend, stiegen die Fallzahlen auch innerhalb des Saarlandes im Deliktbereich Einbruchsdiebstahl, insbesondere in den letzten beiden Jahren, signifikant stark an.

Das Schaubild verdeutlicht die Entwicklung der Fallzahlen seit 2007.



Wie in dem vorliegenden Schaubild zu erkennen ist, stieg die Fallzahl der beanzeigten Einbruchsdiebstähle um 64 Fälle, also um +3,15% gegenüber dem Vorjahrszeitraum an, was dem Bundes-

⁴Vgl. Bundesministerium des Innern; Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Erster Periodischer Sicherheitsbericht, Berlin 2001, S. 605 f.; ⁵Vgl. Schwind, H.-D.; Baumann, J.; Schneider, U.; Winter, M.: Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Endgutachten der Unabhängigen Regierungskommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt (Gewaltkommission), in: Schwind/ Baumann u.a. (Hrsg.): Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt, Berlin 1990, 45 Rdnr. 61, unter Zitierung von Kerner, Hans-Jürgen: Verbrechensfurcht und Viktimisierung, in: Haesler (Hg.), Viktimologie, Diesenhofen 1986, 155.; ⁶Vgl. Schwind, H.-D., Fetchenhauer, D., Ahlborn, W. & Weiß, R. (2001). Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt. Bochum 1975-1986, 1998. Neuwied: Luchterhand, S. 216; ⁷Vgl. PSB 2006. Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.). Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht. Berlin: Eigenverlag.; ⁸Gabriel, Ute & Greve, Werner (2003): The Psychology of Fear of Crime: Conceptual and methodological Perspective. British Journal of Criminology. 43. 600-614.; ⁹Vgl. Köhn, Anne; Bornewasser, Manfred; Prof. Dr. Bernhard Frevel, Hrsg.; Westfälische Wilhelms-Universität, Münster 2012

Eigene Grafiken, Quelle: (1) PKS des BKA 2013; (2) Stand und Entwicklung der Kriminalität im Saarland 2013

trend entspricht. Die Aufklärungsquote konnte im gleichen Zeitraum von 10,8% auf 16% gesteigert werden, was nicht zuletzt den seitens des Landespolizeipräsidiums ergriffenen polizeilichen Maßnahmen geschuldet ist und nunmehr über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Im gleichen Zeitraum ist die Gesamtzahl der registrierten Straftaten im Saarland um 332 Fälle, also um 0,5% gesunken. Demnach befindet sich auch die Entwicklung der Gesamtkriminalität ebenfalls im Bundestrend.

Wo liegt nun die besondere Problematik in diesem Kriminalitätsfeld und wie gelingt es diesem Problem zu begegnen? Um diese Frage zu beantworten ist unter anderem auch eine genaue kriminologischen Betrachtung der Entwicklung in diesem Deliktsbereich und der daraus entstehenden Folgen erforderlich.



Foto: Polizeiliche Kriminalprävention

Erklärungsansätze

Die Gründe für den massiven Zuwachs der Fallzahlen im Bereich des Einbruchsdiebstahls sind vielschichtig und können in diesem Rahmen nur ansatzweise erläutert werden.

Der naheliegendste Erklärungsansatz für Eigentums kriminalität liegt in der Kriminalitätstheorie von Robert K. Merton. Die von

ihm beschriebene „Anomietheorie“ beschreibt „das Auseinanderklaffen der als legitim anerkannten gesellschaftlichen Ziele und den reduzierten Zugangsmöglichkeiten zu den zur Erreichung dieser Ziele erforderlichen Mittel.“¹⁰ Anders gesagt spricht Merton von der Akzeptanz der kulturellen Ziele und der Erreichung dieser Ziele mittels illegalen Mitteln, also Kriminalität. Merton beschreibt diese 4. Stufe seiner Theorie mit dem Begriff „Innovation“. Bei den angesprochenen kulturellen Zielen kann es sich dabei auch um ganz banale Dinge, wie beispielsweise ein Handy handeln, dessen Erwerb allerdings nicht für jeden in unserer Gesellschaft möglich ist.

Die beschriebene Anomietheorie erklärt damit einige große Bereiche der Eigentums kriminalität, aber selbstverständlich nicht alle. Eine Aufarbeitung aller kriminologischen Erklärungsansätze würde an dieser Stelle jedoch zu weit führen.

Zwei verschiedene Tätergruppierungen stellen nach bisherigen Erkenntnissen und darauf basierend auch nach den Aussagen des Bundesinnenministers den größten Anteil der Tatverdächtigen im Bereich des Wohnungseinbruchs dar. Zum Einen die drogenabhängigen Täter, die durch die Beschaffungskriminalität ihre Sucht finanzieren und zum Anderen Tätergruppierungen, die mit den Einbrüchen ihren Lebensunterhalt finanzieren.

Während im Bereich der Beschaffungskriminalität jedoch keine signifikante Steigerung in den letzten Jahren zu verzeichnen ist, weist der Bereich der professionellen Tätergruppierungen einen deutlich steigenden Anteil auf.

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle des Landeskriminalamtes (LKA) Nordrhein-Westfalen ist in Forschungen deshalb der Frage nachgegangen, ob das hohe Fallaufkommen in der dunklen Jahreszeit auf das Auftreten professioneller Täter zurückzuführen ist. Diese haben ergeben, dass sich der Anteil der professionellen Täter in den Wintermonaten deutlich erhöht, dass die Aufklärungsquote ganz wesentlich mit der Beutehöhe korreliert (je höher die Beute, desto geringer die Aufklärungsquote) und dass Tatverdächtige (TV) mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit eine höhere Beute erzielen als deutsche TV. Ferner wurde festgestellt, dass die professionellen Tatverdächtigen in 68% der Fälle verdächtigt werden einen Einbruch begangen zu haben, während dieser Wert bei sonstigen TV lediglich bei 13% liegt.¹¹ Dass sich demnach die professionellen Täter auf den Wohnungseinbruch „spezialisiert“ haben, zeigt auch ein anderer Wert. So erzielten professionelle TV durchschnittlich eine Beute von knapp 9.000€, während andere TV „lediglich“ 1.400€ erzielten.

Wesentliche Faktoren in diesem Deliktsbereich stellen beispielsweise die Öffnung der europäischen Binnengrenzen und die sozialen und ethischen Unterschiede innerhalb der Europäischen Union und auch den Beitrittskandidaten dar. Denn insbesondere aus dem südosteuropäischen Raum reisen Tätergruppen nach Deutschland ein.

Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre (insbesondere der Erfahrungen im Saarland) und den nun vorliegenden Forschungsergebnissen deutet vieles darauf hin, dass genau diese Tätergruppierungen einen wesentlichen Anteil an den massiven Steigerungsraten besitzen und deshalb auch im Focus der Maßnahmen stehen müssen.

¹⁰Vgl. Schwind, H.-D., . Kriminologie; Kriminalistikverlag Heidelberg (2009), S. 137; ¹¹Kerstin&Kiefer; Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen; Ergebnisbericht; Extrapol; <http://www.extrapol.de/Forschungs-und-Analyseberichte-18937.93273/index.html>

Lösungsansätze

Bundesweit

In mehreren Interviews bestätigte der Bundesinnenminister, Herr de Maiziére, den bereits seit Jahren anhaltenden Trend der international agierenden Tätergruppierungen, der Deutschland und auch die Nachbarländer (Frankreich, Niederlande, Belgien und Polen) vor eine grundlegende Sicherheitsdiskussion stellt. Für Deutschland sieht Herr de Maiziére vor allem die Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf dem Prüfstand. Als mögliche Maßnahme nannte er beispielsweise „stichprobenartige Kontrollen im grenznahen Bereich“. Bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) kündigte Herr de Maiziére eine stärkere Zusammenarbeit der Polizeibehörden der Länder sowie der Ermittler in Deutschland und den Nachbarstaaten an.

Neben den verschiedenen Ministerien haben sich auch andere Organisationen und Verbände mit dem Thema beschäftigt. So verfasste der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) mit der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein gemeinsames Positionspapier, in dem die grundlegende Bedeutung dieses Themas herausgestellt und entsprechende Maßnahmen gefordert werden.

Als Reaktion auf die Entwicklung der Einbruchskriminalität mahnt der DStGB das von den Innenministern derzeit erarbeitete, bundesweit abgestimmte Konzept zur Bekämpfung mobiler Einbrecherbanden an. Der DStGB fordert seit langem, das in Gebieten, die besonders von Einbrüchen betroffen sind, die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und mehr Ermittler eingesetzt werden.

Aber auch die Haus- und Grundstückseigentümer sind gefordert geeignete Sicherungsmaßnahmen vorzuhalten, wobei sie durch Beratungs- und Förderungsangebote unterstützt werden sollten (z.B. durch günstigere Versicherungstarife seitens der Versicherungen, durch Absetzbarkeit der Aufwendungen für Sicherungsmaßnahmen oder durch eine Förderung im Rahmen der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau).

Die beschriebenen Forderungen werden auch von der GdP unterstützt, die darüber hinausgehend auch bundesweite Lagebilder und länderübergreifend vernetzte Ermittlungsgruppen fordert. In diesem Kontext setzt sich auch GdP-Chef Oliver Malchow für eine steuerliche Förderung der Bürger ein, die in die Sicherheit ihrer Wohnungen investieren und beschreibt auch Einbruchschutz-Förderprogramme als zielführend.

In diesem Zusammenhang ist auch die Kampagne des „Programm Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder“ (ProPK) zu betrachten, die als Reaktion auf die aktuelle Kriminalitätsentwicklung, ihr Augenmerk besonders auf die Prävention im Bereich des Wohnungseinbruches gelegt hat. Durch die Aktion sollen Haus- und Wohnungseigentümer zur Investition in ihre Sicherheit angeregt werden.

Nach Analyse der vorliegenden Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) entschloss sich die Arbeitsgruppe des Programms Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder (ProPK) zu einer bundesweiten Kampagne im Deliktsbereich Einbruchsdiebstahl. Unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundesinnenministers Dr. Hans-Peter Friedrich wurde im Herbst 2012 die Kampagne „K-Einbruch“ gestartet, bei der eine Reihe von Kooperationspartnern aus der Versicherungswirtschaft, den Industrieverbänden und Errichterfirmen mitwirken. Ziel der Kampagne ist die Sensibilisierung der Bevölkerung zu

einer eigenverantwortlichen Einbruchsvorsorge und einen daraus resultierenden Rückgang der Einbruchskriminalität.



Als Projekttag für die bundesweite Aktion wurde der Tag der Zeitumstellung auf die Winterzeit gewählt.



Unter dem Motto „Eine Stunde mehr, für mehr Sicherheit“ wurden die Bürger durch verteilte Medien aufgefordert, die „gewonnene“ Stunde dafür zu nutzen, eigene Maßnahmen zum Einbruchschutz zu treffen. Dazu kann gehören, sich über dieses Thema zu informieren und eventuell auch eine polizeiliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Damit einhergehend wurde auf Grundlage der Präventionskampagne des ProPK in verschiedenen Bundesländern eigene Aktionen gestartet, die sich äquivalent dazu mit der Einbruchproblematik beschäftigen. So wurden z.B. in Nordrhein-Westfalen sogenannte „Bannerbullis“ ausgerüstet, die zur visuellen Unterstützung der eingesetzten Polizeibeamten bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Wohngebieten platziert wurden. Aber auch im Saarland wurde durch die Behördenleitung das Projekt „Sicher wohnen – Einbruchschutz“ auf den Weg gebracht.

Saarland

Als erste Maßnahme wurde seitens der Behördenleitung des Landespolizeipräsidiums mit der Einrichtung einer Ermittlungsgruppe (EG) „Wohnungseinbruch“ innerhalb des Dezernats LPP 216 reagiert. In der Folge wurden die Anstrengungen, dem Phänomen reisender Tätergruppen entgegenzutreten, durch die Einrichtung der besondere Aufbauorganisation (BAO) „WE“ intensiviert.

Mit der Einrichtung der BAO „WE“ verfolgte die Behördenleitung u.a. die Ziele, die Ermittlungsgruppe zu unterstützen, Tatverdächtige auf frischer Tat zu betreffen, neue Erkenntnisse über diese Täterstrukturen zu erlangen und nicht zuletzt auch das Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken. Im Rahmen dieser BAO „WE“ wurden auch grenzüberschreitende Maßnahmen vereinbart und durchgeführt.

Wie erfolgreich und effektiv sich die Arbeit der Ermittlungsgruppe darstellt, zeigte sich bereits im letzten Jahr. Die in mühevoller Ermittlungsarbeit gewonnenen Informationen wurden von den Beamtinnen und Beamten ausgewertet und zu einem Gesamtbild zusammengefügt. So gelang es nun, einen Einblick in die Täterstrukturen der reisenden Banden zu erlangen. Durch ihre Ermittlungen ermöglichten die EG damit der Staatsanwaltschaft Saarbrücken und den Gerichten gegen etwa 80 Tatverdächtige Haftbefehle auszustellen. In der Folge konnten die Tatverdächtigen durch die Polizei im Saarland, den Polizeibehörden anderer

Bundesländer und anderer Staaten festgenommen werden. Daneben wurden durch die Ermittlungen eine große Anzahl von Beutestücken sichergestellt, die in einer Ausstellung in Dillingen den Geschädigten präsentiert und in vielen Fällen auch zugeordnet werden konnten.

Durch die Einrichtung der EG „WE“ und der BAO „WE“ konnte im Bereich des Wohnungseinbruchs auch die Aufklärungsquote im Saarland von 10,8% in 2012 auf 16,0% gesteigert werden. Dass sich diese erfolgreiche Arbeit auch in den entsprechenden Täterstrukturen auswirkt, belegen die Aussagen von TV und Inhaftierten, die bereits Warnungen an andere potenzielle Täter ausgesprochen

haben, nicht ins Saarland zu reisen, um hier Wohnungseinbrüche zu begehen, weil die Gefahr der Entdeckung besonders hoch sei. Neben den oben beschriebenen, repressiv ausgelegten Maßnahmen des Landespolizeipräsidiiums wurden auch die von Bürgern angeregten Podiumsdiskussionen durch die Behördenleitung begleitet und die entsprechenden, von der Landespolizei getroffenen Gegenmaßnahmen erläutert.

Als Reaktion auf die zunehmende Verunsicherung der Bürger im Saarland allgemein und den durch die Häufung der Wohnungseinbrüche hoch belasteten Gebieten im Besonderen, traf die Behördenleitung die Entscheidung, das Projekt „Sicher wohnen – Einbruchschutz“ auf den Weg zu bringen, das in Zusammenarbeit zwischen dem Landespolizeipräsidium und der Fachhochschule für Verwaltung durchgeführt wurde.



Der Landespolizeivizepräsident Hugo Müller und der Bürgermeister der Gemeinde Rehlingen-Siersburg bei der Einsatzbesprechung am Aktionstag

Dieses saarländische Projekt hatte die Zielrichtung, die Bürgerinnen und Bürger für die Aktion „K-Einbruch“ und die damit zusammenhängenden Präventionsansätze zu sensibilisieren. Darüber hinaus wurde die Durchführung jedoch so ausgelegt, dass sie als Präventions- und Präsenzprojekt der Fachhochschule für Verwaltung, Fachrichtung Polizeivollzugsdienst und des Landespolizeipräsidiiums verstanden werden kann.



Der Landespolizeivizepräsident und der Bürgermeister der Gemeinde Rehlingen-Siersburg mit den Teilnehmern.

Neben dem oben beschriebenen generellen Projektziel soll die Aktion auch folgendes bewirken:

- Messbare Senkung der Fallzahlen bzw. der vollendeten ED Delikte im Bereich Wohnungseinbruch in den ausgesuchten Wohngebieten.
- Verbesserung des Gebrauchs der vorhandenen Schließ- und Sicherungstechniken der eigenen Wohnung.
- Steigerung der Nachfrage nach Einbruchschutzberatungen.
- Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in den betreffenden Wohngebieten.
- Erhöhung der Bürgerkontakte zur Polizei
- Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich der Aktion „K-EINBRUCH“
- Steigerung der Fähigkeiten der Fachhochschüler in proaktiver Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kriminalpräventiven Themen.

Die Auswahl der Örtlichkeiten erfolgte nach Auswertung der vorliegenden Fallzahlen, der geographischen Lage und den damit zusammenhängenden kriminogenen Faktoren (z.B. Autobahnanschluss, Wohngebiete mit einem hohen Anteil an Einfamilienhäusern, Bevölkerungsstruktur).

Die ausgesuchten Gebiete wurden dann mit den entsprechend ausgerüsteten Fahrzeugen aufgesucht und die Bürger auf den Einbruchschutz hin angesprochen.



Beschriftetes Halbgruppenfahrzeug

Neben den Beratungsgesprächen, die auf eine verhaltensorientierte Prävention ausgerichtet waren, wurde den Bewohnern auch Informationsmaterial zur Verfügung gestellt.



Beamte bei einem Beratungsgespräch mit Bürgern.

In diesem Informationsmaterial finden die interessierten Bürger wichtige Tipps zu einem präventiven Verhalten, zur Aus- und Nachrüstung der Gebäude und nicht zuletzt auch die Erreichbarkeit der Ansprechpartner für eine weitergehende technische Beratung durch das Dezernat LPP 246 des Landespolizeipräsidiums. Für alle technische Fragen wurden die speziell geschulten Fachberater zentral im Einsatzgebiet vorgehalten und ebenfalls mit Fahrzeugen ausgerüstet.

Fazit

Die Kriminalität und damit einhergehend auch die besondere Problematik im Deliktsbereich des Wohnungseinbruchs durch reisende Tätergruppen wird uns auch in den folgenden Jahren intensiv beschäftigen, sind doch die sozialen Unterschiede im grenzenlosen Europa auf absehbare Zeit nicht zu beseitigen.

Um die Bedeutung und die weitreichenden Folgen für die Bürger zu verdeutlichen, möchte ich an dieser Stelle den Chefkorrespondenten der Zeitung „Die Welt“, Michael Stürmer, zitieren. In seinem Kommentar zu steigenden Kriminalitätszahlen und der Inneren Sicherheit schreibt er unter dem Titel: „Was, wenn der Staat uns nicht mehr schützen kann? (...) Angst geht um in deutschen Ländern. Das gilt am meisten, wo die Menschen alt und einsam sind. Sie fürchten um ihr Eigentum, noch mehr um Leben und Gesundheit, und ahnen, dass nach einem Angriff aus dem Dunkel das Leben niemals wieder sein wird, wie es vordem war. Wo das Trauma bleibt, die unüberwindbare Erinnerung, gibt es kein Vertrauen mehr: nicht zu Fremden, nicht zu den Nachbarn, nicht zu Polizei und staatlichen Behörden. Das Verbrechen zersetzt Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. (...) Einer der Gründe, warum die EU im öffentlichen Bewusstsein so blass bleibt und immer weniger Zuspruch findet, liegt in ihrer Impotenz, was physische Sicherheit betrifft, während sie gleichzeitig Türen und Fenster weit

öffnet für Gerechte und Ungerechte. Kann es wirklich überraschen, dass in den Armenhäusern Ost- und Südosteuropas nicht nur Dankbarkeit und Gesetzestreue wohnen? Und dass das Beutemachen auf der Sonnenseite unwiderstehliche Versuchung ist? (...) Irgendetwas können die Bayern besser (...). Zwar steigt auch in Bayern die Zahl der Einbrüche – aber das von einem niedrigeren Niveau. Seit vielen Jahren beweist der Freistaat, dass sich Investitionen in die innere Sicherheit auszahlen. Die meisten anderen Bundesländer schlagen hingegen einen ganz anderen Weg ein und sparen bei der Polizei so kräftig ein, dass sie kaum noch mehr als eine Statistenrolle einnehmen kann. Das ist ein Irrweg für Menschen und Standort.“¹²

Um nicht falsch verstanden zu werden, Deutschland ist international gesehen eines der sichersten Länder mit einer Polizei, um die uns andere beneiden.

Anhand des Artikels wird jedoch deutlich, wie tief die vorliegende Thematik in das Sicherheitsgefühl der Bürger eingreift. So liegt es nun in der Verantwortung aller, an der Sicherheitspolitik beteiligten Akteure, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um Kriminalität zu bekämpfen und durch ihr Handeln auch das Sicherheitsgefühl der Bürger nachhaltig zu stärken.

Die landesinternen Maßnahmen verdeutlichen jedoch, dass sich die saarländische Polizei in der Außendarstellung klar positioniert. Das Landespolizeipräsidium Saarland hat die beschriebenen Problematiken erkannt und dementsprechend reagiert. Die getroffenen Maßnahmen geben der Bevölkerung das Gefühl, dass „ihr“ Landespolizeipräsidium sich aktueller Problemstellungen annimmt und auch um die daraus erwachsenden Ängste der Bevölkerung kümmert.



Foto: Polizeiliche Kriminalprävention

Dies ist nicht zuletzt auch im Hinblick auf die momentan geplante Personalreduzierung von erheblicher Bedeutung für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger. Denn bei allem Verständnis für die finanzielle Situation des Landes und die Schuldenbremse, die diesen Personalabbau bedingt, sieht der Bürger die eigene Sicherheit durch eine solche Maßnahme doch potenziell bedroht.

Eine Personaleinsparung von 300 Polizeibeamten im Saarland vor dem Hintergrund wachsender Überstundenberge, der neuen Kriminalitätsformen wie beispielsweise Cybercrime, Kinderpornographie und international tätiger Bandenkriminalität stellt für die Gewerkschaft der Polizei einen Schritt in die falsche Richtung dar und sollte zumindest erneut einer Prüfung unterzogen werden.

¹²Stürmer, Michael; Die Welt online (2013); Internetquelle: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article116105497/Was-wenn-der-Staat-uns-nicht-mehr-schuetzen-kann.html>; Letzter Aufruf: 28.07.2014

Schwere Zeiten

Überall in diesen Tagen,
hört man tiefes, lautes Klagen.
Land auf Land ab, der gleiche Hut,
dass alles schlecht und gar nichts gut.

Vergessen das, was alles schon erreicht,
die Situation schon einer Apokalypse gleicht.
Fürwahr, es gab wohl schon eine bessere Zeit,
die kleinere Probleme für uns hielt bereit.

Ob Schuldenkrise oder Länderfinanzausgleich,
bei allem man merkt, dass unser Land nicht reich.
Jeder Euro gedreht oft dreimal in der Hand,
welches Loch davon gestopft im kleinen Land.

Doch, was bleibt uns nun zu tun?
Lassen uns're Hände im Schoße des Vergangenen ruh'n?
Stimmen auch wir ein Klagelied nun an,
dass doch man nichts verändern kann?

Der Kopf wird in den Sand gesteckt,
im tiefen Keller sich versteckt.
Hoffen nur auf bess're Zeiten,
die Milch und Honig dann bereiten?

Das, liebe Leute, bleibt uns im Land zum Glück erspart,
denn uns're Gewerkschaft mit Mut und Zuversicht gepaart.
Gemeinsam in die Zukunft geh'n,
nicht die Niederlagen, sondern die Chance auf Veränderung seh'n.

Denn was bleibt ist letztlich nur das Morgen,
wenn's auch angefüllt mit Kummer und Sorgen.
Doch dafür gibt es Visionen und den unerschütterlichen Glauben daran,
dass trotz der Lage vieles sich zum Guten noch ändern kann.

Mag es auch nicht einfach sein in vielen Dingen,
nicht jeder ein Loblied auf die Gewerkschaft wird singen.
So liegt es doch in uns'rer Hand,
die Zukunft mitzugestalten in unserm Land.

Und auch, wenn dabei nicht immer alles gelingen kann,
wichtig nur, dass man zu kämpfen fängt an.
Denn Verantwortung wurde uns zugedacht.
Verantwortung, die die Sorgen jedes Einzelnen zu uns'ren eigenen macht.

Dieser Verantwortung gerecht zu werden, ein tägliches Ringen,
wo viel öfter die Telefone als die gefüllten Gläser klingen.
Doch wie stolz ein ach so kleiner Erfolg uns dann macht,
wenn mit uns'rer Hilfe ein Problem zur Lösung gebracht.

Den großen Sieger, den wird es wohl niemals geben,
denn immer neue Herausforderungen hält es bereit unser aller Leben.
Diese anzunehmen, uns zu stellen, egal was da auch kommen mag,
dafür arbeiten wir und stehen zusammen Tag für Tag.



**Gewerkschaft
der Polizei**



Der Autor Helmut Schirra

- Einstellung am 01.02.1989 bei der saarländischen Vollzugspolizei
- 2003-2005: Studium an der Fachhochschule für Verwaltung in Saarbrücken-Dudweiler
- 2009-2012: Masterstudium der Kriminologie und Polizeiwissenschaft an der Ruhr Universität Bochum

Gewalt gegen Polizeibeamte

Ein düsteres Thema im polizeilichen Alltag

In den letzten Jahren stieg die Zahl gewaltsamer Übergriffe gegen Polizeibeamte stetig an oder stagnierte auf hohem Niveau. Erst im Jahr 2013 konnte ein leichter Rückgang um -7,8% verzeichnet werden. Doch auch nach diesem Rückgang mussten im Bundesgebiet noch insgesamt 20.251¹ Straftaten wegen Widerstand gegen Polizeibeamte registriert werden.



■ Wer hat nicht die Bilder von Steinewerfern bei Demonstrationen; Brandsätze, die auf Einsatzfahrzeuge geworfen werden; Ausschreitungen bei Fußballspielen; angespuckte Einsatzbeamte und um sich schlagende Randalierer bei Volksfesten vor seinen Augen? Diese Bilder sind multimedial von Interesse und nahezu jede Woche in den Medien präsent. Aber dies stellt nur einen Bruchteil dessen dar, was jeden Tag auf Deutschlands Straßen, in deutschen Häusern und auf Plätzen passiert.

Denn auch dort, wo keine Kamera Großveranstaltungen filmt, wo keine vorangekündigte Demonstration stattfindet, überall dort sind die Beamten in ihrem Dienst für die Bürger fast täglich mit Distanzlosigkeit, Respektlosigkeit, sexuellen Diffamierungen und Gewalt konfrontiert.

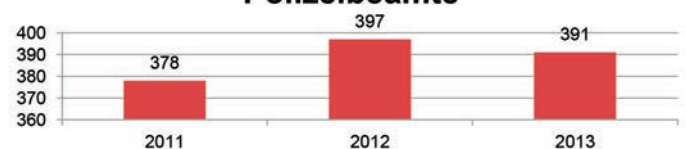
So verwundert es auch nicht, dass dieses Phänomen schon seit geraumer Zeit auch erforscht und analysiert wird. Das Ergebnis ist in der Tat ernüchternd, zeichnen die zu diesem Thema angefertigten Studien doch ein sehr erschreckendes Bild vom täglichen Dienst bei den Polizeien des Bundes und der Länder.

Doch woher kommt diese hohe Aggressionsbereitschaft und der fehlende Respekt gegenüber den Polizeibeamten? Wer sind die Täter und in welchen Situationen kommt es besonders häufig zu Übergriffen?

Situation

Das vom Bundeskriminalamt jährlich vorgestellte Lagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte/-innen“ zeigt eine Verminderung der Fallzahlen im Bereich der Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte im Saarland im Vergleich zum Vorjahr um -1,5% (insgesamt 6 Fälle). Leider ist jedoch die Zahl aller Fälle, in der Polizeibeamte als Opfer einer Straftat erfasst wurden, um 1,3% gestiegen, sodass 990 Polizeibeamte, also fast ein Drittel der gesamten saarländischen Poli-

Fallzahlen Gewalt gegen
Polizeibeamte



zei, zum Opfer wurden. Diese Zahl verdeutlicht die hohe Brisanz dieses Kriminalitätsbereichs.

Bei der Aufschlüsselung der Fälle nach Bundesländern, bei der die Fallzahlen in Beziehung zur Bevölkerungszahl gesetzt werden (Häufigkeitszahl = Fälle pro 100.000 Einwohner), liegt das Saarland mit einer Häufigkeitszahl (HZ) von 39,3 leider weit über dem Bundesdurchschnitt, der bei einem Wert von 24,7 liegt.

Bei der Verteilung der Polizeibeamten (PVB) als Opfer eines Gewaltdelikts wurde für das Saarland eine Zahl von 990 verletzten Beamten ausgewiesen. Bundesweit wurden insgesamt 59.044 Poli-

¹ Bundeskriminalamt, Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen/-beamte; Bundeslagebild 2013, Intranet; letzter Aufruf: 30.07.2014

zeivollzugsbeamte zum Opfer eines Übergriffes in den erfassten Deliktsbereichen: Mord, Totschlag, Raub, schwere und gefährliche Körperverletzung, vorsätzliche Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die Altersstruktur der Opfer, ist zu erkennen, dass insbesondere Polizeivollzugsbeamte im Alter von 25 bis 34 Jahren (40,8%) und Beamte im Alter von 35 bis 44 Jahren (27,3%) Gewalterfahrungen erleiden mussten. Demnach ist diese Altersgruppe in zwei von drei Fällen von gewalttätigen Übergriffen betroffen.

Zahlen für das Saarland

Mit einer Häufigkeitszahl von 39,3 erreicht das Saarland einen Wert, der nur durch die Stadtstaaten Hamburg, Bremen, Berlin und dem Flächenland Schleswig-Holstein übertroffen wird. Die in der Statistik ausgewiesenen Häufigkeitszahlen weisen auch eine starke Konzentration der Widerstandshandlungen im städtischen Bereich aus. Auch in der statistischen Aufschlüsselung nach Kreisen und kreisfreien Städten ist dieses Stadt-Land-Gefälle deutlich zu erkennen.

Im Saarland ist diese Tendenz ebenfalls festzustellen. Während die eher ländlich geprägten Gebiete St. Wendel und Merzig weniger betroffen sind und die Landkreise Saarlouis und Homburg sich im Mittelfeld befinden, liegt die Zahl im Landkreis Neunkirchen und dem Stadtverband Saarbrücken weit höher. Zudem ist, entsprechend dem bundesweiten Trend, eine Häufung der tätlichen Übergriffe zur Nachtzeit und an Wochenenden zu verzeichnen. Bei der Aufschlüsselung nach einzelnen Deliktsbereichen zeigt sich indes auch, dass das Saarland keine Polizeibeamten als Opfer in den Deliktsbereichen Mord, Totschlag und Raubdelikte zu beklagen hat. Auch im Deliktsbereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung (KV) hat das Saarland mit insgesamt 22 Fällen den bundesweit niedrigsten Wert erreicht. Im Vergleich zu Brandenburg und Bremen, die eine vergleichbare Gesamtfallzahl ausweisen, liegt die Fallzahl im Deliktsbereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung demnach um das zwei- bis dreifache höher als im Saarland. Anhand des folgenden Tabellenauszugs ist beispielhaft die Verteilung der PVB als Opfer einer Straftat verdeutlicht.

PVB als Opfer									
Land	Straftaten insg. mit Opferfassung PVB	Mord	Totschlag	Raub	gef. und schw. KV	KV	Nötigung	Bedrohung	Widerstand
Brandenburg	1.046	0	1	0	42	71	36	88	800
Bremen	1.067	0	0	3	64	74	13	68	807
Saarland	990	0	0	0	21	33	7	30	898

Quelle: BKA; Lagebild „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte“ 2013, S. 17



Auch Nordrhein-Westfalen (NRW), das eine Gesamtzahl von 11.795 Fällen ausweist (ungefähr den elffachen Wert), liegt die Zahl der gefährlichen und schweren Körperverletzungen bei 426 Fällen, was einem Vergleichsfaktor von etwa 40 bei 1.000 Fällen entspricht. Demnach liegt der vergleichbare Wert in diesem Deliktsbereich für das Land NRW rund doppelt so hoch als im Saarland.

Als weiterer Aspekt in der deliktsspezifischen Auswertung ist die Proportionierung der Anzahl der Opfer von Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte einerseits und die angezeigten Körperverletzungsdelikte andererseits dargestellt. Die vorliegenden Zahlen lassen auf ein sehr unterschiedliches Anzeigeverhalten der Polizeibeamten in den verschiedenen Ländern schließen. Der hohe prozentuale Wert für das Saarland deutet indes auf eine sehr hohe Anzeigebereitschaft für den Bereich der Widerstandshandlungen hin, wenn die Polizeibeamten bei einem Einsatzgeschehen verletzt wurden.

Gründe für Gewalt

Naturgemäß sind Polizeibeamte in ihrem Dienst stärker gefährdet als andere Personen, werden sie doch überwiegend zu Situationen gerufen, in denen Konflikte bereits aufgetreten und durch das Hinzuziehen der Polizeikräfte gelöst werden sollen. Das bedeutet, dass Polizeibeamte sich allein aus der Ausübung ihrer Pflichten heraus schon in einem Konfliktfeld bewegen, in dem zumeist einer der Beteiligten das Erscheinen der Beamtinnen oder der Beamten als negativ empfindet. Betrachtet man nun die Ursachen für das Gewaltphänomen im Hinblick auf ihre Entstehung, wird deutlich, dass es eine Reihe von Faktoren gibt, die dazu beitragen, Konflikte mit Gewalt eskalieren zu lassen oder eben friedlich zu lösen.



Grundsätzlich gesehen ist Gewalt eine ubiquitäre Handlungsform, d. h., sie tritt in jeder Bevölkerungsschicht, in jedem Alter und in jedem Geschlecht auf. Gewalt gehört zum menschlichen Verhalten dazu.

Die Auslösung von Gewaltakten hängt jedoch maßgeblich von verschiedenen äußeren und inneren Faktoren ab. Beispielsweise bergen Drogenmissbrauch, Alkoholisierung oder auch verfügbare Waffen ein erhebliches Maß an Gefährdungspotenzial in sich.²

So liegt der Anteil der Menschen mit ungesundem Alkoholkonsum laut einer Studie der DKV, Zentrum für Gesundheit der Deutschen Sporthochschule Köln (2010), in den Bundesländern Saarland und Rheinland-Pfalz mit 23,4% an der Spitze der deutschen Bundesländer. Auch in den Stadtstaaten (Berlin, Bremen und Hamburg) und Schleswig-Holstein liegt nach einer Studie des Instituts für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung (Hannover), die von der Krankenkasse Barmer-GEK (2012) in Auftrag gegeben wurde, der Alkoholkonsum am höchsten.

Betrachtet man nun, dass genau in diesen Bundesländern die Zahl der gewaltsamen Übergriffe am höchsten liegt und bei der Tätertypisierung des Lagebildes 2013 in 65,2% der Fälle eine Alkoholisierung der Täter registriert wurde, wird der Zusammenhang deutlich. Alkoholkonsum ist demnach ein ganz bestimmender Faktor für die lagebedingte Gefährdung der eingesetzten Beamten. Der enge Zusammenhang zwischen der steigenden Widerstandsbereitschaft und einer Alkoholisierung der Täter wird im Forschungsbericht KFN näher beschrieben.

Einen weiteren Problembereich stellen die gestiegenen Fallzahlen von häuslicher Gewalt im Saarland dar. Nach den Erkenntnissen des KFN handelt es sich bei Einsätzen im familiären Umfeld um „einen besonders schwierigen Einsatztypus“³, der ebenfalls ein besonders hohes Gefährdungspotenzial für die eingesetzten Polizeivollzugsbeamten beinhaltet.

Daneben tragen selbstverständlich auch die gesellschaftlichen Strukturen, die Sozialisation des potenziellen Täters, die situativen Umstände (z. B. Stresssituationen) und nicht zuletzt auch das Verhalten des Gegenübers erheblich zu einer möglichen Gewaltan-

wendung oder auch deren Verhinderung bei. So korrespondiert die Gewaltbelastung mit Arbeitslosenquoten, mit der Anzahl der Sozialhilfeempfänger und Zugehörigen zu Randgruppen, der größeren Anonymität und den geringeren Bindungen zu persönlichen Hilfsstrukturen (z. B. nachbarschaftlicher Zusammenhalt).⁴

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, weshalb gerade im städtischen Bereich bedeutend mehr Gewalt zu verzeichnen ist. Auch die im Lagebild überproportional hoch ausgewiesenen Fallzahlen der Übergriffe zur Nachtzeit und durch alkoholisierte Täter erscheinen vor diesem Hintergrund plausibel. Herrschen hier doch eher die oben beschriebenen gesellschaftlichen Strukturen als in ländlichen Gebieten. Auch gibt es Hinweise, weshalb gerade die männlichen Polizeibeamten, im Alter von 25-45 Jahren, überproportional von Gewalt betroffen sind, denn gerade diese Beamtengruppe verrichtet ihren Dienst überwiegend im städtischen Bereich.

Eine dezidierte Betrachtung des Gewaltphänomens ist im 3. Forschungsbericht „Gewalt gegen Polizeibeamte“ des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. (KFN) beschrieben, der die Befunde zu Einsatzbeamten und Situationsmerkmale ausgewertet hat.

Maßnahmen

Grundsätzlich ist zur weiteren Senkung der gewaltsamen Übergriffe auf Polizeibeamte eine Reihe von Maßnahmen denkbar und erforderlich, die sich vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit des Problembereiches auch an den verschiedenen, die Gewalt gegen Polizeibeamte beeinflussenden Faktoren ausrichten. So betreffen die Maßnahmen insbesondere die Bereiche:

- Aus- und Fortbildung
- Betreuung und Fürsorge
- Einsatzvorbereitung / -nachbereitung
- Beachtung der individuellen Belastungssituation
- Ausstattung der Beamten

Als höchst effektiver Ansatz ist in diesem Zusammenhang das Pilotprojekt der Polizei Hessen anzuführen. In diesem Projekt wurden Beamte, die in einem Problembezirk in Frankfurt arbeiten, mit einer sogenannten „Body-Cam“ ausgerüstet.

Diese Kameras zeichnen aus datenschutzrechtlichen Gründen keinen Ton auf und werden nur in entsprechenden Situationen von deutlich gekennzeichneten Beamten eingeschaltet. Allein durch diese Maßnahme konnten die Übergriffe auf Polizeibeamte um über 40% reduziert werden. Nach Bekanntwerden der ersten, ausschließlich positiven Erfahrungen hat der hessische Innenminister eine Ausweitung der Pilotphase angekündigt.

Die bayerische Landespolizei hat diese Idee inzwischen aufgegriffen und setzt die Kameras nun ebenfalls probeweise ein, um ihre Polizisten zu schützen.

Einen anderen Ansatz verfolgt die Polizei in Nordrhein-Westfalen. In einem Ausbildungszentrum in Ostwestfalen-Lippe trainieren die Beamtinnen und Beamte Gewaltsituationen oder Situationen aus dem Alltag, wie sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erlebt haben.

Für das Saarland besteht daher die Forderung, dass zur Senkung der hohen Häufigkeitszahl die Maßnahmen im Bereich der poli-

² Vgl. Walter, Michael; Gewaltkriminalität, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 2006, S.48; ³ Ellrich et al., 2011, S. 123; ⁴ Vgl. Walter, Michael; Gewaltkriminalität, Richard Boorberg Verlag, Stuttgart 2006, S.51

zeitlichen Aus- und Fortbildung (z. B. Konfliktbewältigungs- und Deeskalationstraining), der persönlichen Schutzausstattung (z. B. Schlag- und Stichschutzausrüstungen) und der Einsatzkonzeptionen (z. B. Zusammenstellung der Einsatzteams, Herangehensweise an besonders gefährdungsträchtige Einsatzsituationen) weiter auszubauen sind.

Andererseits sind die Folgen der Übergriffe durch einen erweiterten Rechtsschutz und einer entsprechenden Nachbetreuung (auch psychologischer Nachbetreuung) zu minimieren. Aber auch die o.g. Einführung von „Body-Cam's“ wurde durch den neuen Landesvorsitzenden, Ralf Porzel, in einem Interview bereits angeregt. Die Gewerkschaft der Polizei hat auf diese negative Entwicklung reagiert und bereits im Januar 2010 die Aktion „Keine Gewalt gegen Polizei“ ins Leben gerufen. Damit sollte öffentlich auf die gesellschaftliche Fehlentwicklung aufmerksam gemacht werden. Damit einhergehend wurde durch die GdP bzw. ihren damaligen Vorsitzenden Freiberg, die Einführung des „§115 StGB“ in das Strafgesetzbuch gefordert, der die bloße Gewaltanwendung gegen Polizeivollzugsbeamte bereits unter Strafe stellt und damit die Beamten außerhalb der im sogenannten Widerstandsparagrafen (§113StGB) geforderten „Vollstreckungssituation“ schützt. Damit einhergehend wurde eine „spürbare“ Erhöhung des Strafmaßes in diesem Deliktsfeld gefordert. Dies nicht zuletzt um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass der Staat das alleinige Gewaltmonopol besitzt und seine Vollzugsbeamten besonders schützt.

Nach wie vor hält die Gewerkschaft der Polizei an dieser Forderung fest und appelliert an die politisch Verantwortlichen, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

In diesem Kontext steht die Aktion „Auch Mensch“ der Jugendorganisation der GdP, der „Junge Gruppe“, die damit auf die wachsende Gewalt, die Missachtung und den fehlenden Respekt gegenüber den Polizeibeamten aufmerksam machen will.

Um die Untersuchung des Deliktsfeldes Gewalt gegen Polizeibeamte zu fördern und die daraus erwachsenden Folgen zu analysieren, hat die Gewerkschaft der Polizei zudem das Forschungsprojekt des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen (KfN) unterstützt. Das Institut hat mit seinen Forschungen zur Studie „Gewalt gegen Polizei“ eine wichtige Aufklärungsarbeit auf diesem Gebiet geleistet. Auf Grundlage dieser Forschungsergebnisse, die besonders die Folgen der Gewalt an Polizeibeamten beleuchtet haben, ist es nunmehr möglich, die Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auf die neusten Erkenntnisse abzustimmen und entsprechend zu reagieren.

Fazit

Die Gefahr für die Polizeivollzugsbeamten, in Deutschland das Opfer von gewalttätigen Angriffen zu werden, befindet sich nach wie vor auf hohem Niveau. Das Sinken der Fallzahlen um -7,8% im Bund und insbesondere die -1,5% im Saarland gibt vor dem Hintergrund der tagtäglich verletzten Beamtinnen und Beamten keinen Grund zur Freude. Zumal der Rückgang, insbesondere der im Saarland, keine signifikante Veränderung darstellt. Auch sind in den vorliegenden Zahlen keine Entwicklungstrends zu erkennen. Hierzu ist eine längerfristige Beobachtung erforderlich.

Denn auch, wenn sich die Delikte in ihrer Art erfreulicherweise auf niedrigem Niveau bewegen, wurden immer noch fast 1.000 Polizeivollzugsbeamte im Saarland zum Opfer einer Straftat.

Diese Zahl ist ebenso wenig hinzunehmen, wie die Positionierung des Saarlandes im Bezug auf die Häufigkeitszahl im Bundesvergleich. Auch wenn die objektive Gefährdungslage der Polizeivollzugsbeamten im Saarland sich überwiegend auf niederschwellige Deliktformen beschränkt und das Saarland – bei der Betrachtung

der angezeigten Delikte – auf dem (positiven) ersten Platz der Bundesländer liegt, kann von einer Entwarnung nicht gesprochen werden.

Letztlich bleibt nur die Mahnung, dass die negative gesellschaftliche Entwicklung hin zur Gewalt, sehr genau verfolgt und entsprechende Maßnahmen zu ihrer Beseitigung getroffen werden müssen. Denn weder die leicht sinkenden Zahlen noch die Tatsache, dass es sich meistens um vergleichsweise leichtere Gewalttaten handelt, sollte zum Anlass genommen werden, diese Art der Kriminalität zu unterschätzen.





www.VDPolizei.de

VIELEN DANK!

Liebe Inserenten!

Mit der Beteiligung an der Festschrift anlässlich unseres Polizeifestes haben Sie uns sehr geholfen. Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich!

Liebe Leser!

Alle Inserate dieser Festschrift verdienen Ihre Aufmerksamkeit. Bitte berücksichtigen Sie diese Unternehmen bevorzugt bei Ihrer nächsten Disposition.

Ihre

Polizeisozialwerk der
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland